

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil: die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil: die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 185

Freitag, den 11. August 1933

Jahrgang 106

Ein Oesterreich von Auslands Gnaden Verstärkung der Polizei? — Nervöse Furcht vor den Nationalsozialisten

II Paris, 11. Aug. Der „Intransigent“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß die Vorstellungen der österreichischen Regierung bei den Regierungen von Rom, London und Paris zur Erhöhung der Polizeikräfte unter gewissen Bedingungen angenommen worden sind.

Die Regierungen der drei Länder hätten der Einstellung von 8000 Polizeibeamten unter der Voraussetzung zugestimmt, daß sie dem Kriegsminister unterstellt würden. Diese Forderung werde damit begründet, daß man keinen Präzedenzfall für eine Umgehung der Verträge schaffen wolle. Da der Vertrag von St. Germain Oesterreich ein Heer von 30 000 Mann zugesetzt, Oesterreich aber in Wirklichkeit nur ein Heer von 22 000 Mann unterhalte, werde die Eingliederung von 8000 Mann die Gesamtstärke nicht überschreiten. Das Blatt weist außerdem darauf hin, daß auch Polen und die kleine Entente in ihrer Eigenschaft als Mitunterzeichner des Vertrages von St. Germain befragt worden seien und daß sie keinerlei Einwände erhoben hätten.

II Wien, 11. August. In der Wohnung des früheren Pressechefs des Gaues Wien der NSDAP, Ingenieur Böcklinger, wurde im Laufe des Nachmittags von der Staatspolizei eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der allerdings nur geringfügiges Material vorgefunden worden ist. Immerhin ist man von der Ansicht ausgegangen, daß dort eine neue nationalsozialistische Zentrale als Ersatz für die in der „Brandstätte“ im Entstehen begriffen war. 5 Personen wurden verhaftet, und zwar Ingenieur Böcklinger selbst, der frühere Redakteur des nationalsozialistischen Mittagsblattes „Kampfruf“, Binder, eine frü-

here Angestellte der Pressestelle des Gaues Wien, sowie zwei ihrer Geschwister. Wie es heißt, sind die 5 Personen bereits im Verwaltungswege zu Arreststrafen verurteilt worden. Ob im Laufe der weiteren Untersuchung auch ein Gerichtsverfahren eingeleitet wird, ist ungewiß.

II München, 11. August. Die Landesleitung Oesterreichs der NSDAP teilt mit, daß der bereits zu insgesamt 1 Jahr Gefängnis verurteilte, seit Mitte Juni in Haft befindliche Gauleiter Hofer in Innsbruck neuerlich zu 3 Monaten Arrest und 2000 Schilling Geldstrafe verurteilt wurde, weil er auf die Nachricht von einem Ueberfall der Heimwehr auf die SA am 28. Mai bei Innsbruck auf den Kampfplatz geeilt war. Gleichzeitig kommt aus Kitzbühel die Nachricht, daß wegen Beteiligung am Ueberfall des von einem Heimwehrmann erschossenen Nationalsozialisten Kantner vorläufig sieben Nationalsozialisten zu Arreststrafen von 4 bis 6 Wochen verurteilt und sofort in den Kerker eingeliefert wurden. Zu der gemeldeten Bestrafung dreier bekannter Nationalsozialisten in Innsbruck, die mit der Anbringung des Hakenkreuzes auf dem Felsen der Nordkette nicht das geringste zu tun hatten, teilt die Landesleitung mit, daß der ehemalige SS-Sturmführer Quirskfeld und die ehemaligen SA-Truppführer, Oberstleutnant in von Lüchow und Füllig zu je 7 Wochen Arrest und 50 Schillingen Verwaltungsstrafe und 200 Schillingen Buße an die Heimwehr verurteilt wurden mit der ungeheuerlichen Begründung, daß sie als ehemalige Führer der NSDAP ohne weiteres in der Lage gewesen wären, das Anbringen des Hakenkreuzes zu verhindern.

Tages-Spiegel

In Paris wird zur Zeit zwischen England und Frankreich über die Bewilligung von 8000 Mann Polizei für Dölnsk verhandelt.

Die feierliche Eröffnung des preussischen Staatsrates wird voraussichtlich im Anlagengebäude der Berliner Universität am Kaiser Franz Josephs-Platz (Opernplatz) stattfinden.

Der Reichsstatthalter Hildebrand hat den bisherigen Staatsrat Engel zum Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin für den nach Berlin in das Ernährungsministerium berufenen Ministerpräsidenten Granzow ernannt.

Im Rahmen der Arbeitsbeschaffung hat die Firma Krupp 4,5 Mill. RM für Betriebsverbesserungen genehmigt.

In Warschau haben die Verhandlungen zwischen Polen und Danzig über die Ausnutzung des Danziger Hafens begonnen.

Der Arbeitsminister empfing die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände Straßburgs, um zwischen beiden Gruppen eine Einigung zustande zu bringen. Diese scheiterte an dem Verlangen der Arbeitgeber, daß der Generalstreik zunächst abgebrochen würde, was die Arbeitnehmer ablehnten.

Der französische 7000-Tonnen-Dampfer „Forbin“ ist an der Unglücksstelle der „George Philippiar“ in Brand geraten. 2 Dampfer eilten ihm zu Hilfe.

General Balbo will von Dsibon am Samstag direkt nach Ostia fliegen und nicht, wie vorgesehen, über den französischen Hafen Verre; darüber herrscht in Frankreich große Enttäuschung.

Die französischen Truppen in Marokko haben in den letzten Tagen erneut schwere Verluste erlitten. Auf französischer Seite wurden 29 Mann getötet und 50 schwer verletzt. Japanische Truppen rückten, ohne auf großen Widerstand zu stoßen, gegen Dolon Nor in der Mongolei, das ein wichtiger strategischer Punkt ist, vor.

Nach einer noch unbefestigten Meldung aus Grönland soll Lindbergh tödlich abgestürzt sein.

Die gegenwärtige Stärke der Blauhenden ist vorläufig noch ein Geheimnis. Für Führer, General D'uffy, hat erklärt, daß 30 000 Mitglieder an dem Aufmarsch teilnehmen würden. Die Stärke der republikanischen Armee wird auf 150 000 Mann geschätzt.

Amerika fordert Machados Rücktritt

II Havanna, 11. August. Die Machado-Truppen haben drei amerikanische Pressephotographen verhaftet, obwohl diese im Besitz der erforderlichen Aufenthaltsgenehmigungen und Tätigungsgenehmigungen der kubanischen Regierung sind. Die Volkspartei und die liberale Partei haben Machado in einer gemeinsamen Konferenz ihr Vertrauen ausgesprochen, während die konservative Partei den Rücktritt des Präsidenten fordert.

II Washington, 11. August. Das Staatsdepartement hat den Gesandten Welles beauftragt, die sofortige Freilassung der drei verhafteten amerikanischen Pressephotographen zu fordern. In Washingtoner Kreisen erwartet man den Höhepunkt der Krise in Kuba innerhalb der nächsten 24 Stunden.

Der Vorschlag von der Londoner Konferenz zurückgelehnte Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, der demokratische Senator Pittman erklärte, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf Grund des Platt-Abkommens, das den Vereinigten Staaten die Pflicht zum Schutze fremden Eigentums in Kuba auferlege, gezwungen sein werde, in Kuba mit Waffengewalt einzugreifen.

Nach Machados Rücktritt wäre die Regierung der Vereinigten Staaten bereit, die Nahrungsmittelknappheit, die bekanntlich von der Regierung Machados als Grund für die jetzigen Unruhen angegeben wird, durch Entsendung von großen Mengen Lebensmitteln zu beseitigen.

Bereinfachung im deutsch-türkischen Handelsverkehr

II Berlin, 11. August. Zwischen Deutschland und der Türkei ist gestern durch den in Berlin anwesenden türkischen Wirtschaftsminister Celal Bey und den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Herrn von Bülow, eine Vereinbarung unterzeichnet worden, die im Rahmen der Devisengesetzgebung eine weitgehende Erleichterung des deutsch-türkischen Waren- und Zahlungsverkehrs bezweckt. Es ist darin vorgesehen, daß die Zahlungen für die gegenseitige Ein- und Ausfuhr über Sonderkonten geleistet werden. Bei der Abwicklung der Zahlungen aus dem Warenverkehr erübrigt sich hierdurch weitgehend die Notwendigkeit einer Inanspruchnahme der beiderseitigen Notenbankinstitute durch Abgabe von Devisen in anderer als der Landeswährung. Im Hinblick hierauf hat die türkische Regierung sich auch zur Aufhebung der gegenwärtigen Kontingenzbeschränkungen für eine Liste von deutschen Ausfuhrwaren bereit erklärt.

Frankreich entzieht sich der Verantwortung

II Paris, 11. August. Das „Echo de Paris“ setzt sich noch einmal mit den englisch-französischen Vorstellungen in Berlin auseinander und versucht, den Mißerfolg England und Italiens in die Schuhe zu schieben. Das Blatt stellt einleitend fest, daß die ursprüngliche Anregung nicht von Paris, sondern von London ausgegangen sei. Die englische Regierung sei bereits am Sonntag von der Unterredung zwischen Staatssekretär Bülow und dem italienischen Votschaffer unterrichtet worden, während der französische Votschaffer am Montagmittag noch nichts davon gewußt habe. Der englische Geschäftsträger habe es deshalb auch unterlassen, die in Uebereinstimmung mit Paris aufgestellte Note zu überreichen und sich auf die mündliche Vortragung des englischen Standpunktes beschränkt. Es sei jedoch eigentümlich, warum die Pariser Regierung ihrem Votschaffer nicht rechtzeitig Bescheid gegeben habe. Es sei deshalb auch keine reine Taktik, wenn die deutsche Presse die unfreundlichsten Kommentare gegen Frankreich richte. Frankreich sei ursprünglich als einfacher Mitläufer aufgetreten (1) und habe sich jetzt selbst Schaden zugefügt, während England sich wenigstens zu einem Teil aus der Affäre ziehen konnte. Es sei zwecklos, den Mißerfolg zu leugnen. Wenn einem Übel mitgespielt worden sei, müsse man auch den Mut haben, es zuzugeben, und gleichzeitig daraus eine Lehre zu ziehen. Was die Rolle Italiens angehe, so sei man jetzt unterrichtet, wie weit man auf Rom rechnen könne.

Polen zur Danziger Vereinbarung

II Warschau, 10. August. Die halbamtliche „Gazeta Polska“ äußert sich zu der Regierungserklärung des Senatspräsidenten Dr. Rauschning vor dem Danziger Volkstag und meint, daß vom polnischen Standpunkt nicht alle Formulierungen Rauschnings vorbehaltlos unterschrieben werden könnten. Aber grundsätzlich müsse der Ton der Rede und die Richtung des Gedankenganges als günstig und erwünscht bezeichnet werden. Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Danzig, die Bestrebungen zu einem Verstehen und zu einer Verständigung, das Suchen nach gemeinsamen Interessen, das sei sicher der richtige Weg, um Danzigs Wohlstand und Frieden zu sichern. Aufrichtig müsse unterstrichen werden, daß Dr. Rauschning in der Fragestellung Polen-Danzig nicht nur mehr Verständnis, sondern vor allen Dingen auch viel mehr Mut gezeigt habe als seine Vorgänger. Wenn tatsächlich die Annäherung und Zusammenarbeit Danzigs mit Polen einen günstigen Einfluß auch auf die Beziehungen zwischen Polen und dem westlichen Nachbar haben sollte, was Senatspräsident Dr. Rauschning in seiner Rede unterstrichen habe, so würde dies die öffentliche Meinung Polens mit der größten Befriedigung aufnehmen, denn seit Jahren strebe Polen nichts anderes an, als eine Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Osten wie auch im Westen auf der Grundlage der bestehenden Verträge.

Zeitungsverbot im Saargebiet

II Saarbrücken, 11. Aug. Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, ist das „Saarbrücker Abendblatt“, die einzige Abendzeitung des Saargebietes, von der Regierungskommission auf eine Woche verboten worden. Das Verbot wurde ausgesprochen, weil das Blatt erklärt hatte, das Saargebiet sei heute die Zentrale der kommunistischen Propaganda gegen das Reich.

Die Berufsvereinigung der Saarpresse hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Beschwerde zugeleitet, in der gegen die Knebelung der nationalen Presse durch die Regierungskommission Protest erhoben und das Eingreifen des Völkerbundrates verlangt wird.

Die Lage in Irland

II Dublin, 11. Aug. In der Schlussigung des irischen Landtages am Mittwochabend brachte de Valera 3 wichtige Gesetze ein, die weitgehende Änderungen der irischen Verfassung vorsehen. Die Wirkung der 3 Gesetze ist eine neue Einschränkung der Rechte der englischen Krone bei den irischen Regierungsangelegenheiten. Es handelt sich um folgende Vorlagen:

1. Der Generalgouverneur soll des Rechtes entkleidet werden, finanzielle Maßnahmen zu empfehlen. 2. Der Generalgouverneur soll ferner des Rechtes entkleidet werden, die königliche Zustimmung zu Gesetzen und Erlassgesetzen vorzubehalten oder zu verzögern. 3. Das Appellationsrecht des obersten irischen Gerichtshofes an den englischen König soll abgeschafft werden.

Justizminister Kuttledge erklärte u. a., das Bestehen privater Armeen im irischen Freistaat müsse nach Meinung der Regierung unvermeidlich zum Bürgerkrieg führen, und die Regierung wolle alles tun, um einen Bürgerkrieg zu verhindern. Zu großen Überraschungen kam es, als de Valera kurz vor 2 Uhr früh die Aussprache schließen wollte. Die Opposition veranfaltete einen solchen Lärm, daß de Valera überhaupt nicht zu Wort kam. Ein Abgeordneter rief: „Verflucht sei der Präsidentstuhl!“ Ein anderer nannte de Valera einen Drückeberger. Schließlich vertagte der Sprecher die Sitzung.

Die Lage ist gespannter als je zuvor. Erstaunlicherweise hat de Valera bisher noch kein endgültiges Verbot gegen die auf den Sonntag angesetzte Parade der 30 000 Blauhenden vor dem Kriegerdenkmal in Dublin zur Erinnerung an die Schöpfer des irischen Freistaates: Griffins, Collins und O'Donnell erlassen. Bereits am Donnerstag strömten Hunderte von Blauhenden aus verschiedenen Teilen Irlands nach Dublin, die an dem Aufmarsch am Sonntag teilnehmen wollen. Nur wenige Faschisten trugen ihre Uniformen. Sie wollen sie jedoch am Sonntag anlegen. Für das Wochenende sind viele Sonderzüge zur Beförderung der Faschisten nach Dublin eingesetzt worden. Möglicherweise wird die Regierung anordnen, daß diese Sonderzüge nicht fahren dürfen. Andernfalls ist anzunehmen, daß die Blauhenden in allen Teilen Irlands von den Mitgliedern der irischen republikani-

Warum rüstet Frankreich nicht ab?

Von Oberst a. D. Immanuel

Die öffentliche Meinung Frankreichs bewegt sich hinsichtlich der Heeres- und Rüstungsfragen in unerkennbaren Gegensätzen. Staats- und Heeresleitung haben, dem Beispiel Deutschlands und anderer Mächte folgend, die großen Herbstübungen 1933 aus Ersparnisrücksichten abbestellt, allerdings nicht ohne Widerstand der nationalistischen Presse. Indessen müssen wir, wenn wir den tatsächlichen Verhältnissen Frankreichs Rechnung tragen, dort einen anderen Maßstab anlegen wie an die deutschen Wehrfragen. Wir Deutsche sind abgerüstet und befinden uns im Tiefstand der kriegstechnischen Leistungsmöglichkeit. Frankreich ist bis an die Zähne gerüstet und denkt nicht an Abrüstung.

Hinsichtlich der Abbestellung der großen Herbstübungen 1933 handelt es sich in Frankreich um den Ausfall der Armeemanöver, die nach dem ursprünglichen Plan in zwei Gruppen abgehalten werden sollten, jede aus 70 000 bis 80 000 Mann bestehend. Dieses Aufgebot hat man der Kosten halber fallen lassen. In allen Divisionen finden aber Zusammenziehungen und Herbstübungen, teils im Gelände, teils auf den Heeresübungsplätzen statt, wozu grundsätzlich der Verurlaubenstand einbezogen wird, nach dem Vorschlag 165 000 Mann. Luftmanöver sind an der Nordostgrenze bei Chartres, Reims, Toul, Nancy, Diebenhofen, also gegen Deutschland hin, angelegt. Ebenso sind für den Herbst Luftmanöver in Südwestfrankreich in Richtung auf Italien vorgesehen.

Frankreich steht auf dem Standpunkt, daß es bereits abgerüstet hat und in weiterer Abrüstung grundsätzlich keinen Schritt mehr tun dürfe und tun werde, ohne Sicherheit und Zukunft des Landes zu gefährden. Tardieu, eine der maßgebenden Persönlichkeiten in der französischen Rüstungsfrage, hat im Juni 1933 in der Zeitschrift „L'Illustration“ zum allgemeinen Erstaunen vorgerechnet, daß Frankreich unter den Siegermächten des Weltkrieges die abrüstungswilligste Macht ist. Seit der Zeit vor dem Kriegsausbruch 1914 bis Ende 1932 seien nach amtlicher Nachricht vermindert worden: Die Dienstzeit um 66 v. H. (von 3 Jahren auf 1 Jahr), die Gesamtwehrstärke um 38 v. H. (von 979 000 auf 603 000 Mann), der Bestand des Heerwehres um 53 v. H. (von 754 000 auf 398 000 Mann), die Zahl der Vollaussgebildeten um 69 v. H. (von 754 000 auf 520 000 Mann). Außerdem wird behauptet, daß es kein geheimes französisches Militärstudium über deutsche Rüstungen gebe, wie es eine schlecht unterrichtete Presse seit Monaten wahr haben will. Vielmehr neige das jetzige Deutschland nicht mehr dem Militarismus zu und sei für einen Krieg unbewaffnet. Wir bemerken hierzu, daß von anderer französischer Seite gerade das Gegenteil behauptet und daß mit Verdächtigungen gegen Deutschland nicht gespart wird. So hat Ende Juli 1933 die fast 100 000 Mitglieder zählende Vereinigung der französischen Reserveoffiziere auf der Tagung zu Marseille den Nichtabrüstungswillen Frankreichs in einer Entschließung zum einstimmigen Ausdruck gebracht, welcher der als offizieller Regierungsvertreter amtierende Generalstabschef Gamelin beipflichtete.

In Wahrheit liegen die Dinge in Frankreich anders. Selbstverständlich haben sich die Stärken seit 1914 vermindert, weil für das Mutterland die Dienstzeit auf ein Jahr herabgesetzt wurde. Die Hauptfrage der Franzosen geht dahin, daß durch den Rekrutenausfall der Geburtsjahre 1915 bis 1919, der sich 1935 bis 1939 fühlbar machen wird, die Sicherheit Frankreichs gefährdet sei, wenn irgendwie an der Rüstung gerüttelt werden sollte, die, sowie sie jetzt ist, unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß.

Dieser Rekrutenausfall wird von amtlicher Seite folgendermaßen berechnet. Während 1928 rund 240 000, 1932 rund 255 000 Rekruten verfügbar waren, werden sich die Zahlen stellen: 1934 auf 234 000, 1935 auf 149 000, 1936 auf 117 000, 1937 auf 126 000, 1938 auf 146 000, 1939 auf 158 000, wobei nur die einstellungsfähigen Leute berücksichtigt sind. Verschiedene Abhilfen werden vorgeschlagen; von allen zahlenmäßigen und technischen Minderungen wird aber dringend abgeraten. Die hauptsächlichsten Maßnahmen gegen den Rekrutenausfall sollen sein: Zeitweise Erhöhung der Dienstzeit von 12 Monaten auf 18 Monate, Annahme von 200 000 zwei- bis fünfjährigfreiwilligen, stärkste Veranziehung der Farbigen, äußerste Ausnutzung der soldatischen Jugendzucht, dauernde Steigerung der Motorisierung, des Luftkampfwesens, der Grenzbesetzungen, der Seemacht. Für die Farbigen besteht seit 1921 in Nordafrika die allgemeine Wehrpflicht: Zwei Jahre bei der Fahne, zwei Jahre in der ersten, elf in der zweiten Reserve, zusammen fünfzehn Jahre. Die sonstigen Kolonien werden vorläufig durch freiwilligen Dienst der Eingeborenen ausgemittelt, doch soll von 1934 ab die allgemeine Wehrpflicht stufenweise eingeführt werden, soweit sich der Ersatz von 1 v. H. der Volkszahl nicht durch Freiwillige decken läßt.

Polen schützt seinen Markt

Die Schutzmauern, die die verschiedenen Staaten an ihren Grenzen aufrichten, werden ständig höher. Immer mehr verschließen sie sich dem Einfluß fremder Waren. Ueberall auf der Welt, in jedem Lande, hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß der heimische Markt im Interesse einer gesunden Entwicklung der Nationalwirtschaft vor der Ueberflutung mit Auslandswaren geschützt werden muß. Wie wir erfahren, beabsichtigt die polnische Regierung zugunsten der pflanzlichen Fette weitere Einfuhrbeschränkungen für Sonnenblumenöl und Sojaöl durchzuführen. Die Regierung legt Wert darauf, daß die Margarinfabrikanten nach Möglichkeit einheimische Rohöl zur Herstellung ihrer Erzeugnisse verwenden.

Startunfall des Balbo-Geschwaders

Bei seiner Ankunft in Lissabon slog die Maschine Balbos an der Spitze des Geschwaders und wasserte als erste. Kurz darauf weitere zehn Flugzeuge. Die Flieger wurden von der nach Tausenden zählenden Menschenmenge mit begeisterten Rufen empfangen.

Als der Rest der Staffel eintraf, ereignete sich ein Unglücksfall. Anscheinend jagte sich der Bug des Flugzeuges 13 beim Start in den schlammigen Meeresboden. Das Flugzeug kenterte. Alle vier Mann der Besatzung wurden verletzt. Sie wurden von einem Einwohner von Ponta Delgada gerettet, der sie aus der Kabine des gekenterten Flugzeuges in sein Boot holte und zur Küste brachte. Einer der Insassen ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Nur Führer machen Politik!

Wir brauchen eine Front der aufstrebenden Großstaaten

Von Ferdinand Kirchheim

Die Ablösung einer schwächlichen, entwerteten Scheindemokratie durch eine starke, zielbewusste Staatsführung ist kein Zufall, sondern ein Stück ehernen Naturgesetzes. Wohl dem, der es erkannte und ihm rechtzeitig folgte, wie Italien und Deutschland es dank der unverzagten, seelisch ferngesunden und aufrichtigen Führernaturen eines Mussolini und eines Hitler taten. Dieses gewaltige Naturgesetz wirkt sich aus in der Besetzung aller Ämter mit dem Aufstiegsdrang. Kampf und immer wieder Kampf ist unsere Lebenspflicht, Freiheit und immer wieder Freiheit unser Ziel. Wer nach dem Sinn des Lebens sucht, findet den besten Teil in dieser Erkenntnis. Wer ihr nicht folgt, sinkt unweigerlich zu Boden; wer lau in ihr ist, darf sich nicht beschweren, wenn sein Leben sich schneckenartig, sich mühsam auf der gleichen Ebene haltend, abwidelt. Das gilt für den einzelnen und erst recht für die Völker.

Der Liberalismus mit seinen Zugehörigen an Schwächen der Einzelpersonen, in unserer Zeit bis zur peinlichsten Duldung, ja Verherrlichung des Schmutzes, entwertete die einzelnen und damit auch die Völker, zerfaule im deutschen Volke zumindest politisch und wehrgehandlich die nationale Schwungkraft in einem Augenblick, in dem der deutsche Führer Bismarck sie zu höchster Wirkungskraft zusammenballte, um ein Deutsches Reich und eine deutsche Nation wieder herzustellen. Was Mussolini an Italien leistete, die Erneuerung des römischen Geistes der Ehr' und der Wehr', vollzog sich in Deutschland schon fünf Jahrzehnte früher unter dem kraftvollen Geist des Mannes, der unzählige Male als des Reiches Schmied bezeichnet worden ist. Der Liberalismus stellt sich dann aber als die schleichende Krankheit ein, die Bismarcks urwüchsige Kraft einem großen Teil des Volkes als zu hart und seine ewig wache Sorge um des Reiches Bestand und Sicherheit als übersteigert erscheinen ließ. Der Liberalismus spiegelte dem deutschen Volke ein Dasein der Bequemlichkeit vor und machte es es argwöhnisch gegen die Rauheit des Soldatentums, verschmähte dabei sogar nicht einmal die Lüge vom deutschen Militarismus, dessen Ausdehnungsdrang die Welt in Unruhe versetzte, während Deutschland nur dem Gebot der Selbstverteidigung folgte, nachdem der französische Militarismus, die wirkliche Weltpolizei damals wie heute, den deutschen Wehrstand an Zahl und Güte immer wieder zu übertrumpfen versuchte.

Aber der Liberalismus versuchte mit seinen elenden Schlagworten schon in den Tagen Bismarcks das deutsche Blut und machte uns schon, unsere Lebensnotwendigkeiten so entschlossen wahrzunehmen und zu verteidigen, wie das dringlich gewesen wäre. Leider haben wir nicht weitergerüstet; wir sind nicht einmal mitgegangen, sondern in weitem Abstand hinterher gelaufen, schon wenn wir uns mit Frankreich verglichen, das über 900 000 Mann unter Waffen hielt, während wir — um zwanzig Millionen Menschen reicher — diese Zahl nicht erreichten. Das war die deutsche Sünde, das war

unsere „Schuld“, daß wir uns nicht so stark machten, wie wir hätten sein können und um unserer selbst willen hätten sein müssen.

Das ist vorbei! Der Liberalismus liegt hinter uns, und die bessere deutsche Zukunft ist wieder unser Ziel. In den letzten Monaten vor dem Wandel erhielten wir besonders deutliche Hinweise für die Unmöglichkeit, dieses Ziel und auch nur die erste Etappe dorthin, die deutsche Unabhängigkeit und Freiheit, auf internationalen Gemeinschaftswegen zu erreichen. Diese politische Belehrung, für die wir im Verlaufe von fast anderthalb Jahrzehnten unsägliche Opfer brachten, erfuhr in den hinter uns liegenden Wochen, namentlich zu Genf und zu London, eine wirtschaftspolitische Ergänzung. Ebenjowenig wie es eine schieblich-friedliche Weltpolitik gibt, weil niemand an die Beendigung des Weltkrieges durch einen *irrtümlichen* Frieden herangeht, ebenso wenig gibt es auch eine weltwirtschaftspolitische Verständigung.

Unser Volk kann und will arbeiten. Nicht wir, sondern die Nachbarn der Welt- und Wirtschaftspolitik schuf den Wirtswart der Weltkriege, die in ein allgemeines Nette-sich-wer-tann ausgeartet ist. Darüber ist das neue Deutschland hinaus. Es fühlt und kennt die Lösungsmöglichkeiten aber auch die Lösungsunmöglichkeit weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Bindungen. Nach dem Scheitern von London kann Deutschland ebenjowenig wie Italien die Dinge treiben lassen wie bisher. Sie müssen gemessert werden. Befähigt und berufen dazu sind zu allererst jene Völker und ihre Staatsmänner, die nicht lächerlichen, übersteigerten Machtgelüsten nachjagen wie Frankreich und sein Anhang, oder tatenlos in der Weltgeschichte jeder-mann im Wege stehen wie England und seinesgleichen, sondern die weiter wollen und weiter können, wie beispielsweise auch die Vereinigten Staaten unter ihrer neuen Führung. Trotz des amerikanisch-japanischen Gegenjages, der leicht ausgeglichen werden kann, wenn ein starker Mann die Pferde vor dem amerikanischen Wagen auf den eigentlich amerikanischen Weg zurückzwingt, gehört auch Japan in diese Reihe, aus der sich eine führende, Ordnung und Frucht gebietende Weltpolitik und Weltwirtschaftspolitik herausbilden muß. Nicht der Versäuerter Waffenschein, hinter dem sich im Falle Frankreich nichts anderes als Angst vor den Alterserscheinungen des eigenen sterbenden Volkes birgt, darf der ausschließliche Ausweis für die Beteiligung an der Gestaltung der Weltgeschichte bleiben. Den Vorrang vor ihm haben die Lebensnotwendigkeiten der lebenswilligen und aufstiegsfreudigen Völker, die beiläufig sämtlich auch rüstungs-fähig sind. Die Weltkonferenzen arteten unter der Versäuerter Diktatur zu einem Weltunfug aus. Jetzt muß gehandelt werden. Die national erwachenden Völker können handeln, wenn sie wollen. Und dazu sollten sie sich zusammenfinden.

Abschied der Jungfaschisten

Der Abschluß der Deutschlandreise der 411 Jungfaschisten bildete eine Rheinreise mit dem Sonderdampfer „Dietrich“ von Bingen nach Bonn. Ueberall wurden die jungen Italiener mit stürmischer Begeisterung empfangen, besonders einbruchsoll war es, als der mit Fahnen und Wimpeln geschmückte Sonderdampfer mit den Jungfaschisten und den sie begleitenden 12 Hitlerjungen in Bonn eintraf, wo sich am Ufer des Rheines eine unübersehbare Menge eingefunden hatte, die den Gästen einen herzlichen Willkomm bereite. Der Oberbürgermeister hielt eine Begrüßungsansprache. Baldur v. Schirach, der Reichsjugendführer, der die Gäste auf der Rheinreise begleitete, richtete an Land eine kurze Ansprache an die Avantgardisten und wies darauf hin, daß die beiden großen Völker Italien und Deutschland sich die Hand zur Freundschaft gereicht haben. Beide Völker seien allezeit bereit, ihre Ideale und ihre Ehre für die Freiheit der Nation bis zum Letzten einzusetzen. Der Obergebietsführer West, Lauterbacher-Röll, betonte, daß die Rheinreise von Bingen bis Bonn den großen Abschluß der Deutschlandreise gebracht und bei der Faschistenjugend einen besonders tiefen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen habe. Er stellte in Aussicht, daß noch in diesem Jahre deutsche Jugend den Besuch in Italien erwidern werde. Der Führer der Balilla, Hauptmann Alberto Gigli, dankte in italienischer Sprache für den überaus herzlichen Empfang in der festlich geschmückten Beethovenstadt. Dann bewegte sich der Zug der Jungfaschisten und Hitlerjugend an der begeisterten Menge vorbei nach dem Stadtpark. Die Jungfaschisten wurden bei ihrem Rundgang durch die Stadt überall von der Bonner Bevölkerung mit begeistertem Heilrufen empfangen. Gegen 20.30 Uhr begann die feierliche Beleuchtung der Wahrzeichen von Bonn. Mit klingendem Spiel zogen die Italiener durch die spazierbildende Menschenmenge zum Bahnhof, um den Sonderzug zu besteigen, der sie wieder nach der Heimat bringt. Oberbürgermeister Ridert und zahlreiche hohe Führer der SA und SS gaben den Gästen das Geleit. Als sich der Zug in Bewegung setzte, brausten immer und immer wieder Heilrufe und Abschiedsgrüße durch die Bahnhofshalle.

Der Reichsjugendführer Baldur v. Schirach und der Führer der Balilla, Alberto Gigli, sandten gleichlautende Telegramme an Mussolini und Hitler: „Hitlerjugend und Balilla grüßen auf einer Rheinreise Euer Erzellenz. Möge die Freundschaft zwischen italienischer und deutscher Jugend immer enger und fester werden. Ges. Baldur v. Schirach, Alberto Gigli.“

Ein Amerikaner urteilt über Deutschland

Der augenblicklich auf seiner Deutschlandreise in Ostpreußen weilende amerikanische Schriftsteller Alexander Powell, der schon vor fünf Jahren in Deutschland war, benutzte seinen jetzigen Aufenthalt auch zu einem Besuch des Fliegerlagers Rositten und des Arbeitsdienstlagers Kobbelbude, in dem neuerdings englische Studenten arbeiten. Er erklärte heute gegenüber Pressevertretern, er sehe jetzt in Deutschland aus den Gesichtern größere Zufriedenheit als äußeres Kennzeichen des Wandels, der im deutschen Volk vor sich gegangen sei. Das in Amerika herrschende große Mißverständnis über das neue Deutschland sei nicht verwunderlich, da die meisten amerikanischen Lei-

tungen in jüdischem Besitz seien. Er habe aus Gesprächen mit den verschiedensten Leuten erkannt, daß die Judenfrage mit der größten Fairness behandelt werde. Jedem Amerikaner müsse es nach Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse in Erstaunen setzen, wie die nationale Revolution in Deutschland sich in so kurzer Zeit und dazu völlig ohne Blutvergießen vollzogen habe, denn jedermann könne als Vorbild für eine Revolution jene in Frankreich mit den vielen Blutopfern vor. Mussolini, Hitler und Roosevelt, dem Powell seine Beobachtungen in Deutschland mitteilen will, seien nach Powells Ansicht die drei größten Staatsmänner der Welt.

Politische Kurzmeldungen

Der preussische Innenminister gibt in einem Erlasse bekannt, daß Richter als Gemeindebeamte nicht bestätigt würden, ferner werden solche Beamte ausgeschlossen, die mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet sind. — Von dem Staatssekretär des preussischen Kultusministeriums wurde ein Erlaß herausgegeben, in dem die Beamten und Angestellten auf die Pflicht der Amtserfüllung hingewiesen werden. — Der preussische Justizminister hat die Ausführungsverordnung zu dem vor kurzem erlassenen Gesetz über das preussische Strafvollzugs- und Gnabenrecht herausgegeben. — Der Reichsfinanzminister hat angeordnet, daß nur bewährte Nationalsozialisten mit dem Posten eines Personalreferenten in den Landesfinanzämtern betraut werden sollen. — In Bayern wird Straffreiheit gewährt für Straftaten, die zwischen dem 21. März 1933 bis 25. Juli 1933 zur Durchsetzung des nationalsozialistischen Staates aus politischer Ueberzeugung heraus begangen worden sind. — Die Zahl der Arbeitslosen am 31. Juli 1933 liegt mit 4 088 500 rund 1,6 Millionen unter dem Höchststand des Jahres. Hinzu kommt, daß die Zahl der unsichtbar Erwerbslosen außerordentlich stark zurückgegangen ist. Die Gesamtzahl der seit dem 30. Januar in Arbeit gekommenen Personen übersteigt danach tatsächlich bereits die 2-Millionen-Grenze. — Die Kreisverwaltung des Kreises Loß-Weiß hat, wie die „Wandelhalle“ meldet, denjenigen Gemeinden des Kreises, die polnisch klingende Namen haben, Vorschläge zur Umbenennung der Namen zugehen lassen. — Der flüchtige frühere SPD-Mitglied Georg Wagner versuchte auf gerissene Weise seine Wohnungseinrichtung nach Innsbruck zu verschleppen. Die bayrische Polizei kam jedoch dahinter und beschlagnahmte die bereits verladenen Möbel. — In einem Straßengraben zwischen Neu-Ulm und Offenhausen wurde ein Paket mit kommunistischen Schriftstücken gefunden, die sich in gemeinsamer Weise mit dem Führer des neuen Deutschland befassen. — Nach dem „Völkischen Beobachter“ ist in Prag eine Zentrale der ehemaligen KPD im Entstehen begriffen. — Der irische Ministerpräsident de Valera hat unwahrscheinliche Verfassungsänderungen vorgeschlagen. — Lord Gifford, der bisher britischer Gesandter in Budapest war, wird zum britischen Botschafter in Moskau ernannt werden. Die bevorstehende Ernennung zeigt an, daß England bereit ist, die gestörten diplomatischen Beziehungen zur Sowjetrepublik wieder völlig herzustellen.

Bestellen Sie das „Calwer Landblatt“!

Aus Württemberg

Vergabung öffentlicher Aufträge

Nach einem kürzlich gefassten Beschluß des Staatsministeriums sind künftig in Württemberg von allen Vergabestellen des Staats, der Gemeinden, der Amtskörperschaften und der sonstigen, der staatlichen Aufsicht unterstellten Körperschaften des öffentlichen Rechts die vom Reichskabinett am 14. v. M. beschlossenen Richtlinien für die Vergabung öffentlicher Aufträge durchzuführen. Bei der Durchführung der Richtlinien ist in erster Linie der Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung entscheidend, hinter den im gegenwärtigen Zeitpunkt alle sonstigen Erwägungen zurückzutreten haben.

Zwangsenteignung

Das Staatsministerium hat beschlossen, bis auf weiteres bei Zwangsenteignungen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung die Feststellung der Zulässigkeit der Zwangsenteignung allgemein dem Wirtschaftsministerium zu übertragen.

Der Wirtschaftsminister besucht Rotbezirke

Gestern weilte Wirtschaftsminister Dr. Lehmann in Schramberg, um eine Aussprache mit den Vertretern der Stadt, der Industrie, des Handels und Gewerbes und des Oberamts zu pflegen. Der Zweck der Aussprache war, eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Stadt und des Bezirks herbeizuführen. Großes Interesse zeigte der Minister für die Anlagen der Jungbäuerlichen Lehranstalt.

Der Wirtschaftsminister fuhr tags darauf im Kraftwagen nach Schwenningen und besichtigte dort die Betriebe der Uhrenfabriken Kienle-Haller, Mauthe und Emil Speck, wobei er Anerkennung Worte für die musterhaft geführten Betriebe aussprach. Vor geladenen Gästen fand im Sitzungssaal des Rathauses eine Besprechung statt.

Nachmittags begab sich Wirtschaftsminister Dr. Lehmann nach Trossingen, um die dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse kennen zu lernen.

Umbildung im Genossenschaftswesen und Milchverwertung

Der Landesverband landw. Genossenschaften teilt mit: 1. Um über die geplante Umbildung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, besonders soweit sie die Lagerhäuser der Bezugs- und Abgabegenossenschaften betrifft, reifliche Aufklärung geben zu können, wird sofort nach der Ernte eine große Versammlung aller beteiligten Kreise zusammen mit den Kreisbauernschaftsführern abgehalten werden. Da durch diese Versammlung Gelegenheit geboten ist, sich über sämtliche Fragen klare Auskünfte zu verschaffen, wird gebeten, bis dahin besondere Anfragen zu unterlassen. 2. Bei den in der feinerzeitigen Verfügung genannten Milchverwertungsbetrieben, die sich nunmehr dem Landesverband anschließen sollen, war nur an genossenschaftliche Betriebe gedacht, die bislang als sogenannte wilde oder freie Genossenschaften gearbeitet haben. Privatbetriebe werden natürlich nicht berührt.

Bevölkerungsbewegung in Württemberg

Die Zahl der Eheschließungen belief sich im 1. Vierteljahr 1933 in Württemberg auf 3280 gegen 3312 im 1. Quartal von 1932 und 3279 im 1. Quartal von 1931. Bemerkenswert ist, daß der Rückgang der Eheschließungen allein auf Groß-Stuttgart entfällt, wo nur 615 neue Ehen geschlossen worden sind gegen 695 im 1. Vierteljahr 1932. In den übrigen Gemeinden mit über 5000 Einwohnern hat sich die Zahl der Eheschließungen sogar von 818 auf 864 erhöht. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 10 677 (5501 Knaben, 5176 Mädchen), sie blieb um 689 gegenüber dem 1. Quartal von 1932 zurück. Totgeborene waren es im Berichtsquartal 259 (13 mehr als im Vorjahr), es kamen auf 1000 Neugeborene 22,4 Kinder tot zur Welt. Die Zahl der Gestorbenen verminderte sich in den bei den Vergleichsquartalen von 8187 auf 7825. Hierunter befanden sich im 1. Quartal von 1932 753 und im Berichtsquartal 715 Säuglinge. Auf 1000 Lebendgeborene trafen im Berichtsquartal 6,7 und im 1. Vierteljahr 1932 6,6 Todesfälle von Kindern unter 1 Jahr. Der Geburtenüberschuss bezifferte sich auf 1633 Knaben und 1219 Mädchen; dies bedeutet gegenüber dem Vergleichsquartal ein Weniger von 245 Knaben und 32 Mädchen.

Landwirtschaftliche Hilfskräfte

Aus einzelnen Oberämtern kamen bei den landwirtschaftlichen Organisationen Klagen über einen Mangel an Arbeitskräften herein. Auf Nachfrage bei den in Betracht kommenden Arbeitsämtern und auf eindringliche Vorstellungen beim Landesarbeitsamt sowie bei der Leitung des Arbeitsdienstes muß festgestellt werden, daß die Klagen über einen Mangel von Arbeitskräften auch in der Erntezeit nicht berechtigt sind. Bei den verschiedenen Arbeitsämtern stehen heute noch geschulte Kräfte zur Erntearbeit zur Verfügung, die nicht abgerufen wurden. Die Arbeitsdienstlager haben in weitem Umfang ländliche Arbeitskräfte beurlaubt bzw. entlassen. Diejenigen Landwirte, die auf dem freien Arbeitsmarkt keine Arbeiter bekommen konnten, haben offenbar die Vermittlung der Arbeitsämter nicht in Anspruch genommen. Sie sollten daher in Zukunft zuerst alle diesbezüglichen Möglichkeiten erschöpfen, bevor sie mit unbegründeten Klagen sich an die zentralen Organisationen wenden.

In diesem Zusammenhang muß eindringlich darauf hingewiesen werden, daß es im neuen Staat nicht mehr angeht, daß der Landwirtschaft das Recht zugestanden werden kann, nur für die kurze Zeit der Erntearbeit in der Heuernte, während der Getreideernte und der Hackfruchternte Leute zu beschaffigen, um diese dann nachher wieder zu entlassen. Diejenigen Bauern, die derartig eigennützig und ohne Rücksicht auf die Interessen des Landarbeiters handeln, haben nachher keinen Grund, sich darüber zu beklagen, daß sie auch in den Zeiten des Arbeitsbedarfs keine Leute bekommen. Es kann aber erfreulicherweise festgelegt werden, daß das Verständnis für die Lage des Landarbeiters bei den Bauern in weitem Umfang vorhanden ist und dazu geführt hat, daß auch heuer diejenigen Bauernbetriebe, die ihre Leute auch im Winter hielten und anständig entlohnten, keine Ur-

Werden und Wachsen der Lederstraße in Calw

Ein geschichtlicher Rückblick

In Württemberg gibt es noch drei Städte mit bedeutenden Gerbereien: Altkönig, Badnang und Meßingen. Unter die früheren Gerberstädte Württembergs war auch Calw zu rechnen. So bedeutend und ausgedehnt aber dieser Geschäftszweig war, hielt er doch nicht Schritt mit den andern großartigen Calwer Unternehmungen. Von dem sehr alten früheren Betrieb der Gerbereien in Calw blieb eigentlich nur noch der Name „Ledergasse“, in neuerer Zeit Lederstraße genannt, übrig. Die alten Bewohner der Stadt werden sich noch des Leder- und Lohgeruches in dieser Straße erinnern, der zum Bewußtsein brachte, daß dieser Name nicht umsonst aufgenommen sei.

Die Gerberei hatte in Calw schon sehr bald Fuß gefaßt. Ihr Anfang geht auf mehrere Jahrhunderte zurück. Am 2. Januar 1559 erließ König Bogt und Gericht der Stadt auf Bitte der verordneten Mählmeister Sebastian Käuffelin und Leonhardt Volk, sowie der Lohgerber aus den Familien Ziegler, Koller, Volk, Fuß und Post eine neue Gerberordnung. Daran geht hervor, daß schon damals die Gerberei sehr ausgedehnt gewesen sein muß. In den nächsten Jahrhunderten erfreute sich dieses Gewerbe einer bedeutenden Blüte und vererbte sich in den einzelnen Firmen durch Generationen hindurch. Im Jahr 1819 waren 37 Lohgerber, sechs Weißgerber und 3 Saffiangerbereien im Bezirk. In Calw selbst waren es 20 Gerbereien. Im Jahr 1860 waren in der Gerberei noch 15 Meister mit 40-50 Arbeitern beschäftigt. Diese Zahl der Meister nahm dann aber immer mehr ab, so daß im Jahr 1888 nur noch 4 bedeutende solche Gerbereien, übrigens mit beträchtlichem Umfang, bestanden. Es waren dies die Firmen Ph. J. F. Bozenhardt und Sohn, Karl Kappeler, Schnauser und Sohn und Friedrich Gärtner. Von früheren Gerbereien werden die Namen Schnauser, Naschold, Bozenhardt, Kohler, Widmann, Wöhrle, Mörch, Leonhardt, Stroth und andere genannt. Die Gerber lieferten in der Hauptsache Saffianleder, nebenbei sogenanntes Zeugleder. Sie hatten eine gemeinsame Lohmühle, die erst vor einigen Jahrzehnten abgebrochen wurde.

Außer der Lohgerberei hatte das Gerben von Saffianfellen einen sehr lebhaften Aufschwung genommen. Eine große Saffiangerberei in Hirsau von Gebrüder Zahn (in Firma F. F. Habenmajer und Zahn), am Schweinbach gelegen, ging in ihrer Gründung in Calw auf das Jahr 1766 zurück; im Jahr 1788 wurde sie nach Hirsau verlegt. Diese Fabrik beschäftigte im Jahr 1860 etwa 25 Personen. In Calw selbst befanden sich noch drei Geschäfte dieser Art, deren Träger die Firmen Schill, Bozenhardt und Wöhrle waren. Die Saffiangerbereien gerben jährlich gegen 12 000 Stück Saffianfelle rot, blau, grün, gelb und schwarz. Die fertigen Waren gingen hauptsächlich nach Italien, nach Holland, nach Oberösterreich und Sachsen. Die Felle wurden aus der Schweiz, hauptsächlich aus dem Appenzeller Land und aus Graubünden bezogen. Die Saffianfabrik in Hirsau (jetzt Sanatorium Dr. Römer) nahm unter den Saffianfabriken in Württemberg eine der ersten Stellen ein. Im Jahr 1817 scheint die Saffianbereitung den größten Aufschwung gehabt zu haben. Der Absatz fand damals hauptsächlich durch die Leipziger Messe nach Rußland und Polen statt. Ein zu dieser Zeit eingetretener hoher Eingangszoll nach Rußland brachte

die Geschäfte in Stockung. Außerdem wurde der Saffian aus Ziegenfellen durch gefärbte Schaffelle verdrängt.

Die Weißgerberei nahm nicht den gleichen Aufstieg wie die Rot- und Saffiangerberei. Sie blieb immer auf wenige Geschäfte beschränkt. Die mit der Weißgerberei beschäftigten Meister betrieben übrigens seit alter Zeit nebenbei die Fabrikation von Leim, der zu der besseren, dem Köhler Leim nahe kommenden Sorte gehörte. Gegenwärtig befindet sich nur noch eine Weißgerberei von Wihl. Volk am Platze, welche sich jedoch nicht mit Leimfabrikation befaßt. Die von Friedr. Köhler in der Lederstraße ohne Gerberei in größerem Maßstabe betriebene Leimfiederei ist eingegangen. Die Sendungen von Leim gingen hauptsächlich nach England und die Schweiz.

Die Lederstraße, jedenfalls eine der wichtigsten Straßen der alten Stadt, hat aber nicht bloß durch die Gerbereien, sondern auch durch die Calwer Zeughandelskompanie eine große Bedeutung erlangt. Die Geschäftsräume, die dem Betrieb der Kompanie dienen, lagen fast sämtlich in der Leder- und Inselgasse dicht beieinander. Es waren dies das Kaufhaus mit der Kaufstube zum Ankauf der rohen Zeuge, ein großes Wollmagazin, eine von Pferden getriebene Mange, ein Farbungewölbe, zwei Magazine für Wolle und ausgerüstete Waren (das frühere Stälische Stall- und Magazingebäude) und noch andere große Räume. Im jetzigen Kaufhaus Haus war eine der 8 Färbereien untergebracht.

Eines der wichtigsten Häuser war das Kaufhaus (das heutige Vereinshaus). Alle Zeugmacher des sogenannten Moderationsbezirks waren angewiesen, die von ihnen gefertigten rohen Waren an den hierzu bestimmten Tagen in das Kaufhaus der Kompanie zu liefern, wo sie geprißt wurden. Wenn ein Stück nicht die vorgeschriebenen Eigenschaften, die gehörige Länge, Breite und Güte hatte, wurde es mit einem Stempel, dem gefürchteten Voulez-vous, versehen, und nur solche gestempelten Stücke durften die Zeugmacher nach auswärts verkaufen, was ihnen freilich dadurch erschwert wurde, daß man solche Stücke gewöhnlich als Ausschuß behandelte. Traurig und mit großen Sorgen belastet verließen die Zeugmacher das Kaufhaus, wenn die abgelieferte Ware mit dem verächtlichen Stempel versehen war. Das Kaufhaus hat manche Tränen gesehen und bittere Ansprüche vernommen. Manche Zeugmacher mußten ohne Einkehr gehalten zu haben mit leerem Magen wieder der Heimat zuwandern, da die meisten Zeugmacher arm waren, oftmals freilich durch eigene Schuld. Die fertigen Waren wurden im Kaufhaus aufgestapelt. Jeden Samstag ging ein vierspanniger Wagen mit Wollzeugen nach Italien. Absteigequartier der Calwer Herren in Bozen war der Gasthof zum „Mondschein“. Diese Tradition hat sich immer noch erhalten, da vor dem Weltkrieg die meisten Calwer Touristen und Geschäftsleute den Mondschein zum Aufenthalt nahmen. Da die Zeughandelskompanie mehrere tausend Personen beschäftigte, welche alle in Calw und in der Lederstraße verkehrten, mußten, so läßt sich denken, welche rege Tätigkeit früher in der Lederstraße herrschte und welche große Bedeutung diese Straße für den Geschäftsverkehr hatte. Auch heute noch gehört die Lederstraße zu einer der besten Geschäftslagen.

J. B.

Aus Stadt und Land

Calw, den 11. August 1933.

Nachdruck eigener Berichte nur mit Quellenangabe gestattet.

Ämtliche Bestätigung der Ortsvorsteher

Am 9. August 1933 fand im Bezirksratsaal des Oberamts die feierliche Verpflichtung der in ihrem Amt von der Regierung neu bestätigten Ortsvorsteher des Bezirks statt. Der Oberamtsvorstand, Landrat Rippmann, wies in seiner Ansprache auf die neuen Rechtsverhältnisse des Ortsvorstehers und der Gemeinderäte hin, insbesondere aber auf die Pflichten und Aufgaben der Bürgermeister, hauptsächlich im Hinblick auf das zur Auswirkung kommende Führerprinzip. Dabei wurden die neuen Bestimmungen über die Regelung der Gemeindeverwaltung und des Ortsvorstehergesetzes erläutert, worauf die eidliche Verpflichtung erfolgte.

Im Anschluß daran führte der Kreisleiter der NSDAP aus, daß nach dem nationalsozialistischen Führerprinzip die Ortsvorsteher zum Führer in der Gemeinde bestellt worden sind und nicht mehr, wie früher, dem Gemeinderat unterstellt seien. Er betonte insbesondere die große Verantwortung, welche damit dem Ortsvorsteher übertragen wurde und ersuchte sie, ihre Handlungen ausschließlich nach dem nationalsozialistischen Prinzip einzurichten. Die Hauptaufgabe sei immer und immer wieder die Arbeitsbeschaffung. Im Anschluß hieran versicherte Bürgermeister Göhler namens der Ortsvorsteher, daß sie sich rückhaltlos hinter die nationalsozialistische Regierung stellen und ihre ganze Kraft dem Dienst der Gemeinden widmen werden.

Achtung wer sein Fahrrad vermißt!

Das Bandjägerskommando Calw teilt mit, daß in Herrenberg ein Fahrrad dieb festgestellt wurde, der etwa 30 Damen- und Herrenfahräder in den Oberämtern Calw, Tübingen, Nagold und Reutlingen entwendet hat. Es sind 16 Damen- und 3 Herrenfahräder beigebracht, von denen die Eigentümer noch nicht ermittelt sind. Da angenommen wird, daß viele Bestohlene ihren Verlust nicht angezeigt haben, so werden etwa im hiesigen Bezirk wohnhafte Geschädigte aufgefordert, ihren Verlust dem Stationskommando bzw. der nächsten Bandjägerstelle anzuzeigen.

Wohltätigkeits-Nachmittag des Luifensbundes

Am Donnerstag nachmittag veranstaltete die Ortsgruppe Hirsau des Bundes Königin Luise in den Kuranlagen einen in allen Teilen gelungenen Wohltätigkeits-Nachmittag. Nach einem von der Kurkapelle vorgetragenen Musikstück hieß die Ortsgruppenleiterin Frau Robrikant Gouffier die in überaus großer An-

zahl erschienenen Gäste herzlich willkommen. Darauf kam ein fein zusammengestelltes, abwechslungsreiches Programm zur Durchführung. Man hörte ein stimmungsvoll vorgetragenes Gedicht: „Mein Luifensbund“, weiterhin Weiheprüche, dargeboten von Jungfrauen, sah ein äußerst originelles Verkaufsspiel, ausgeführt von Kornblümchen, mit der Wirkung, daß die Verkaufsgegenstände raschen Absatz fanden, nahm zwei mit seiner Abtönung vorgetragene Lieder entgegen und freute sich an einem von Kornblümchen ganz reizend ausgeführten Kinderreigen. Zwei von Jungfrauen dargebotene Volkstänze, von einer Ziehharmonika meisterhaft begleitet, fanden begeisterten Beifall. Dazwischenhinein spielte die Kurmusik passende und gehaltvolle Konzertstücke. Da außerdem für Bewirtung auf beste gesorgt war und alles zur vollsten Zufriedenheit ausfiel, so dürfen die leitenden Damen des Luifensbundes, die zur Durchführung der Veranstaltung weder Zeit noch Mühe gespart hatten, mit großer Befriedigung auf den so schön und harmonisch verlaufenen Nachmittag zurückblicken.

Better für Samstag und Sonntag

Ueber Mitteleuropa bilden sich nunmehr kleinere Depressionsgebiete. Für Samstag und Sonntag ist aber immer noch vielfach heiteres und trockenes, jedoch in stärkerem Maße zu Gewitterstürmen geneigtes Wetter zu erwarten. Temperatur im Freibad Stammheim 23 Grad.

Neuenbürg, 10. Aug. Einem bedauerlichen Unglücksfall ist am Samstagabend der 14jährige Hitlerjunge Robert Beck zum Opfer gefallen. Während einer an und für sich harmlosen Übung stürzte der Bedauernswerte und fiel auf einen Stein, worauf sich heftige Schmerzen im Unterleib einstellten, so daß er ins Bezirkskrankenhaus verbracht werden mußte. Dort stellte sich heraus, daß er eine schwere Leberverletzung davongetragen hatte. Im Laufe des Dienstag wurde der Schwerverrannte durch den Tod von seinen Schmerzen erlöst. Der Fall ist um so tragischer, als der Vater des Verstorbenen vor Jahren ebenfalls durch einen Unglücksfall ums Leben kam.

Unterjesingen, W. Herrenberg, 10. Aug. Die 66 Jahre alte Frau Luise Seybold geriet unter einen umstürzenden Garbenwagen und erlitt dadurch einen komplizierten Unterschenkelbruch, so daß sie in die Chirurgische Klinik nach Tübingen überführt werden mußte.

Fredensstadt, 10. August. Die nationalsozialistische Kreisleitung gibt bekannt, daß in der letzten Zeit versucht wurde, das Ansehen der Bewegung und ihrer Kämpfer durch Verbreitung schmutziger „Witze“ und Zoten herabzusetzen. Von jetzt an wird jeder, der bei der Verbreitung derartigen Schmutzes betroffen wird, unmissverständlich zur Verantwortung gezogen.

